

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 12. Dezember 1962

Blatt 2686

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Fürsorge bleibt aktuell

=====

12. Dezember (RK) Am vierten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ): Sie führte aus:

"In allen Ländern und in allen großen Städten der Erde beschäftigt sich die für das Gemeinwesen verantwortlichen Persönlichkeiten mit Fragen der sozialen Fürsorge, der sozialen Einrichtungen, der sozialen Gesetzgebung. Internationale Verbände befassen sich mit den Problemen der sozialen Sicherheit. Die UNO ruft auf, den Hilfesuchenden und Notleidenden zu helfen.

Eigentlich müßte man annehmen, daß diese Forderung von jedem Menschen als selbstverständlich anerkannt wird.

Nun wurden aber gerade in den letzten Wochen Meinungen geäußert und Argumente gebraucht, die zeigen, daß es bei uns noch immer oder vielleicht müßte ich sagen, schon wieder unbeherrschbare Kritiker des Wohlfahrtswesens gibt, denen als Vorbild anscheinend jene Zeit vorschwebt, da man die Hilfsbedürftigen und vor allem die alten Menschen damit charakterisierte, daß sie der Öffentlichkeit zur Last fallen.

Anders ist nämlich eine Artikelserie, die in einer führenden Zeitschrift, die der Industrie nahesteht, erschienen ist, nicht zu verstehen. Dort heißt es unter anderem:

./.

"..... den genialen Sozialpolitikern unserer Tage blieb es vorbehalten, ein Millionenheer von Rentnern zu schaffen und in einer ständig wachsenden Zahl von beschäftigungslosen Geldempfängern einen grandiosen Fortschritt zu erblicken. - Gar keine Rede davon, daß ein Mann oder eine Frau, denen ein sorgenfreies Alter geschenkt wurde, das gegenwärtige Dasein zu schätzen instande ist. - Planmäßig erzieht man so die Bevölkerung zur Bequemlichkeit, zur Verantwortungslosigkeit und verführt sie zu immer größerer Begehrlichkeit."

Und dies alles schreibt ein Arzt! Wir meinen, es wäre höchste Zeit, wenn dieser Arzt und mit ihm alle jene, die es für richtig fanden, diese Artikel überhaupt in ihren Blatt aufzunehmen, erkennen würden, daß die Zeit für eine solche Verunglimpfung der Alten und Hilflosen bei uns endgültig vorbei ist.

Natürlich wissen wir, daß der Wohlfahrtsstaat auch seine Probleme hat, aber diese Probleme sind uns weit lieber als die Probleme einer Zeit der wirtschaftlichen Depression.

Fürsorge ist keine Gnade!

Einen Rückschritt aber würde es auch bedeuten, wenn Fürsorge wieder allein Sache privater Organisationen und die öffentliche Wohlfahrtspflege nur subsidiär herangezogen werden würde.

Das aber scheint der wahre Wunsch und das wahre Ziel zu sein, das hinter der doch parteipolitischen Forderung steht, wenn der Generalredner der ÖVP verlangt, daß die Gemeinde Wien den privaten Organisationen so viele zusätzliche Mittel geben soll, damit diese ohne Opfer ihrer Mitglieder auskommen können.

Das aber widerspricht doch eigentlich dem Sinn und der Bedeutung freiwilligen Helfens und wäre das Ende der freiwilligen Fürsorgeorganisationen, mit denen wir an und für sich gut zusammenarbeiten.

Uns kommt es aber darauf an, daß jeder Hilfebedürftige unserer Stadt weiß, daß er ein Anrecht auf Hilfe hat. Daß es keine Gnade ist, um die er bitten muß. Nur wenn Fürsorge "Recht" ist, wird sie erfolgreich und menschlich wertvoll.

705 Millionen für Fürsorge

Für die vielfältige Arbeit im Wohlfahrtswesen, die der Fürsorge für die Jugend und damit der Familie, der Betreuung unserer alten Mitbürger dient, ist nun für das Jahr 1963 ein Betrag von 705,345.500 Schilling, das ist wieder um 40,869.500 Schilling mehr als für 1962, vorgesehen. Wobei wieder davon 187 Millionen, das sind die Beträge für die Lehrlings- und Altersheime, zur Verwaltungsgruppe V gehören. Von den restlichen 518 Millionen sollen 141 Millionen für die allgemeine Fürsorge und die Betreuung der alten Menschen Verwendung finden.

Ende Oktober zählten wir 8.281 Befürsorgte. Das ist um 263 Personen weniger als zu Beginn des Jahres. Wären nicht 1.078 Personen neu hinzugekommen, hätte sich eine tatsächliche Verminderung der Befürsorgten um 1.341 ergeben.

Die Mehrzahl der befürsorgten Wiener sind alleinstehend und zwar 90 Prozent der Männer und 93 Prozent der Frauen. Sie wohnen ohne Angehörige, wirtschaften allein, leben zum Teil in Untermiete und verdienen unsere bevorzugte Hilfe.

Für die Dauerunterstützungen ist ein Betrag von 65 Millionen vorgesehen. Die Richtsätze für die Dauerunterstützung in Wien sind höher als in allen anderen Bundesländern. Dazu kommen die Kosten für Bekleidung, für den Landaufenthalt, für verschiedene Paketaktionen.

Kampf gegen die Tuberkulose

Unter den Befürsorgten gibt es eine kleine Gruppe von 235 Männern und Frauen, die an Tuberkulose erkrankt, deshalb entweder dauernd erwerbsunfähig sind oder wegen ihres Alters und ihrer Krankheit besonders unterstützt werden müssen. Dank der medizinischen Wissenschaft und der entscheidenden Änderung unserer Lebensverhältnisse ist Wien zwar längst keine Stadt der Tuberkulose mehr, aber wir müssen in dem so wichtigen Ringen gegen die Alterstuberkulose diesen Kranken unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Landaufenthalt für Befürsorgte

Unsere Urlaubsaktion feierte heuer das zehnjährige Jubiläum. Zur Freude unserer Urlauber verabschiedete unser Bürgermeister den 1. Turnus dieses Jahres, bei dem wir gleichzeitig den 25.000. Teilnehmer begrüßten. Unsere ältesten Urlauber waren im Laufe der zehn Jahre die 101jährige Frau Hosza im September 1959 und die 100jährige Frau Löhsnitz im September 1962. 90jährige Urlauber sind keine Seltenheit mehr. Hatten wir in diesem Jahr für die Urlaubsaktion einen Aufwand von 1,650.000 Schilling, so wird sich dieser infolge höherer Pensionspreise im nächsten Jahr auf 1.8 Millionen erhöhen. Jene Frauen und Männer, die an der Urlaubsaktion nicht teilnehmen können, erhalten wieder ein Lebensmittelpaket.

Klubs für alte Leute

Eine weitere soziale Hilfe unserer Zeit ist auch die ständige Vermehrung und Verbesserung unserer - wie wir sie seit diesem Herbst nennen - "Pensionistenklubs". In den ersten Nachkriegsjahren benötigten die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes "Wärmestuben", wo sie notdürftigen Unterschlupf fanden. Der nächste Schritt waren unsere "Tagesheimstätten", die wir nach und nach verbesserten, von Jahr zu Jahr vermehrten. Waren es 1959/60 noch 73 Tagesheimstätten mit durchschnittlich 4.400 täglichen Besuchern, so waren es 1960/61 bereits 77 mit durchschnittlich 4.600 Teilnehmern, 1961/62 82 mit durchschnittlich 4.900 Besuchern. Heuer konnten wir 85 Klubs für Pensionisten für rund 5.200 Besucher eröffnen. Die Zahl der Besucher steigt, aber der Anteil der Befürsorgten sinkt von Jahr zu Jahr. 1959/60 waren noch 19 Prozent der Besucher Befürsorgte, 1960/61 17 Prozent und 1961/62 nur mehr 14,9 Prozent. Heuer werden es sogar nur mehr 12,8 Prozent sein.

Wir hoffen, daß sich in diesen Klubs der alten Wiener eine neue Geselligkeit echt wienerischer Prägung entwickelt, die vielleicht schon damit beginnt, daß jeder Klub für sich einen Namen findet. Vielleicht wird es da einen Klub "Zur blauen Tabakspfeife" ebenso geben, wie den Klub "Zur alten Wiener Gemütlichkeit".

Die Gesamtkosten für die Führung der Pensionistenklubs werden 3,3 Millionen betragen, also um 400.000 Schilling mehr als im Vorjahr.

In den Sommermoneten werden wieder vier Ausflüge mit den Besuchern der Pensionistenklubs und mit den Pflöglingen der Altersheime geführt. Für diese Ausflugsaktion sind weitere 1,3 Millionen notwendig.

Neben dieser großen fürsorglichen Tätigkeit für unsere alten Mitbürger obliegt uns aber auch noch die Sorge um jene, die körper- oder sinnesbehindert sind. Ich freue mich, daß es den Sozialreferenten aller Bundesländer gemeinsam mit dem Beamtenkomitee gelungen ist, nach dem vom Sozialministerium eingebrachten Rehabilitationsgesetz, ein Muster für Landesgesetze fertigzustellen. Inzwischen führen wir in Wien unsere arbeitstherapeutischen Kurse weiter. Mit großer Freude stellen wir fest, daß rund 35 Prozent der Behinderten auf normale Arbeitsplätze vermittelt werden konnten.

Für die Blindenbeihilfe ist ein Betrag von 18,3 Millionen für das kommende Jahr vorgesehen, das ist um 4,3 Millionen mehr als im Ansatz für 1962.

Das Steigen der Zahl der Bezieher einer Blindenbeihilfe ist durch den Zuwachs an alten Leuten begründet.

Das erste Pensionistenheim wird fertig

Die Pensionistenheime: Im letzten Jahr konnte ich berichten, daß wir gerade mit den Aushubarbeiten für das erste Pensionistenheim begonnen hatten. Heute kann ich mitteilen, daß vor vier Monaten die Dachgleiche gefeiert wurde. Wenn kein entscheidendes Hindernis eintritt, wird unser erstes Pensionistenheim im August oder September 1963 planmäßig beziehbar sein. Inzwischen hat das Kuratorium die Pläne für das zweite Heim genehmigt. Wir hoffen, mit dem Bau in der Schoberstraße spätestens im Februar beginnen zu können. Angemeldet haben sich inzwischen für unsere Pensionistenheime 195 Frauen, 33 Männer und 43 Ehepaare.

Für vorübergehend Pflege- und Hilfebedürftige ist es uns gelungen, unsere Heimhilfe weiter auszubauen. Konnten wir 68.000 Pflegestunden im Jahre 1961 durchführen, so werden wir in diesem

Jahr auf 80.000 Pflegestunden kommen, und wir hoffen, daß es uns gelingt, im kommenden Jahr den Heimdienst weiter auszubauen.

Sorge für unsere Jugend

Wir können mit Freude feststellen, daß die Geburtenrate weiter im stetigen Steigen begriffen ist. Im Vorjahr wurden 18.657 Geburten gezählt, in diesem Jahr werden voraussichtlich 19.600 Wiener Buben und Mädchen das Licht der Welt erblicken.

Vergleichen wir die Zahlen der letzten fünf Jahre, so waren 1957 noch elf Prozent der Mütter unter 20 Jahre, aber heuer sind es 14 Prozent, 1957 waren 25 Prozent der Mütter zwischen 20 und 25 Jahren, 1961 jedoch sind es 35 Prozent. Also fast die Hälfte aller Wiener Mütter ist jünger als 25 Jahre.

Als eine der wichtigsten Stützen bieten wir unseren jungen Müttern unsere Mutterberatungsstellen. Ich kann Ihnen die sehr erfreuliche Mitteilung machen, daß die Mutterberatungsstellen immer stärker in Anspruch genommen werden. Im ersten Halbjahr 1962 waren an 2.167 Beratungstagen 70.000 Beratungen. In diesem ersten Halbjahr wurden den Ärzten 17.500 Kinder vorgestellt, und zwar durchschnittlich jedes Kind viermal. Von diesen 17.500 Kindern waren 8.340 Säuglinge, 7.610 Kleinkinder und 1.150 Schulkinder. Von den 9.927 Müttern, die im ersten Halbjahr 1962 entbunden haben, haben 84 Prozent mit ihren Kindern unsere Mutterberatungen besucht.

Wie sehr unsere jüngsten, alleinstehenden Mütter ihre Kinder lieben, erleben wir täglich in unserem Mutter-Kind-Heim. Ich gebe zu, daß wir dieses Heim im Herbst 1961 mit einem gewissen Herzklopfen eröffneten. Wird es uns gelingen, so fragten wir uns, unser Ziel zu erreichen, diese sehr jungen Frauen zu verantwortungsbewußten Müttern heranzubilden, gleichzeitig zu sorgen, daß sie ihre Berufsausbildung abschließen, ihnen weiter zu helfen, reif für die Ehe zu werden?

Inzwischen ist ein Jahr vergangen und die Anfangsschwierigkeiten, die bei jeder neuen Institution auftreten, sind überwunden. 31 junge Mütter im Alter von 14 bis 19 Jahren wurden im Laufe des Jahres aufgenommen. 13 Mütter haben das Heim wieder verlassen, teils wurden sie doch wieder in ihren Familien

aufgenommen, teils haben sie sich oder mußten wir sie wieder von ihrem Kind trennen und die Mütter wieder in ein Erziehungsheim einweisen. Eine hat geheiratet.

Die alleinstehenden Mütter

Es ist interessant, daß der Prozentsatz der außer der Ehe geborenen Kinder seit Jahrzehnten unverändert ist. Er schwankt zwischen neun und elf Prozent. Im letzten Jahr waren es 10.2 Prozent. Im Gegensatz zu diesem gleichbleibenden Prozentsatz, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Geburten, ist auch hier eine leichte Steigerung der Zahl der Mütter unter 25 Jahren festzustellen. Aufschlußreich für die soziale Situation ist es, daß der Prozentsatz in den Bezirken 4, 5, 7, 8, 12, 13, 19 über dem Gesamtdurchschnitt liegt und bis 14 Prozent erreicht. Die anderen Bezirke dagegen liegen zwischen sechs und neun Prozent. Sehen wir uns die soziale Situation der Mütter genauer an, können wir feststellen, daß diese Mütter aus allen Schichten der Bevölkerung kommen.

Nur fünf Prozent der Mütter sind bereit, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Alle anderen - mit ganz wenigen Ausnahmen - sind entschlossen, alles aufzuwenden, keine Opfer zu scheuen, um ihren Kindern einen Lebensweg, der nach oben führt, zu öffnen. Übrigens werden ungefähr ein Drittel der unehelich geborenen Kinder, besonders jene der jungen Mütter, nachträglich durch Eheschließung legitimiert.

Außerdem wurde im letzten Jahr auch wieder in 600 Fällen die Vormundschaft an die Mütter übergeben. Mit Ende Oktober hat das Jugendamt der Stadt Wien 24.000 Mündel zu betreuen.

Die Säuglingssterblichkeit betrug bis 31. Oktober 3.06 Prozent und wird voraussichtlich auf Grund der Erfahrungen bis Ende des Jahres, so hoffen wir, auf nicht mehr als 3.1 Prozent steigen.

Kindergärten und Horte

Auch in Wien ist durch eine noch immer vermehrte Berufstätigkeit der Mütter die Nachfrage nach Kindergärten, Horten und Tagesheimschulen weiterhin sehr groß, wenn auch der Karenzurlaub, von dem 50 Prozent der Wiener Mütter Gebrauch machen, zu einer gewissen Entlastung führt.

Der Ausbau der Kindertagesheime wird daher planmäßig fortgesetzt. 31 neue Gruppen sind bis jetzt in diesem Jahr zusätzlich in Betrieb, acht weitere Gruppen werden noch bis Ende des Jahres fertiggestellt sein. Damit können um 900 Kinder mehr als im Vorjahr Aufnahme finden. Somit wird mit Ende dieses Jahres die Zahl der Plätze in den Kindertagesheimen seit 1959 um 3.500 vermehrt sein. 1963 werden sechs neue Kindertagesheime mit 24 Gruppen für 700 Kinder fertiggestellt. Dazu kommen sechs neue Gruppen in bestehenden Kindertagesheimen, zwei in Tagesheimschulen, davon je eine Gruppe im 2. und 7. Bezirk und vier Gruppen für Kindergärten. Wieder werden für das nächste Jahr fast tausend Plätze in unseren Kindertagesheimen neu geschaffen.

Neben dieser Fertigstellung wird mit dem Bau von sieben neuen Kindertagesheimen mit 30 Gruppen begonnen. Neun weitere sind in Planung.

Unsere acht Sommerkindergärten wurden heuer von 4.715 Kindern besucht.

Für alle Kindergärten sind für 1963 129 Millionen vorgesehen. Dieser großen Ausgabe steht eine Einnahme von rund 20 Millionen gegenüber.

Kinderheime - Jugendheime

Im Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, besonders aber in der Jugendfürsorge, spielt das Vorbeugen, das Vorsorgen, eine besondere Rolle. So sind auch unsere Kindergärten und Kindertagesheime zu sehen. Hier sind gesunde, glückliche Kinder, deren Familien, im großen und ganzen geordnet, deren Mütter und Väter sich für Fürsorge und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich fühlen, unsere Kindergärtnerinnen **bestens** unterstützen.

Aber in unserer Stadt, einer Großstadt, gibt es auch Kinder, die kein harmonisches Familienleben kennen, die körperlich oder seelisch so schwer geschädigt sind, daß Familienerziehung nicht mehr genügt, daß sie dort zu keiner Heilung oder nur Besserung kommen können. Nun ist allgemein begreiflich, daß der Aufenthalt in einem Erziehungsheim für blinde, taubstumme oder schwer körperbehinderte Kinder notwendig ist, um ihnen ein möglichst hohes Maß an Fürsorge und Erziehung angedeihen zu lassen. Aber ein ähnliches gilt auch für seelisch kranke Kinder,

für Kinder, die man auch in der Fachsprache als verwahrlost bezeichnet.

Die Jugendverwahrlosung ist in Wien zwar eher geringer als in anderen Städten Europas mit einer ungefähr gleichen Bevölkerungszahl und Industrialisierung. So sind bei uns derzeit in Fürsorgeerziehung, angeordnet durch den Jugendgerichtshof, 545 Jungen und 311 Mädchen im Alter bis zu 18 Jahren, das sind nur 3,8 Prozent der jungen Menschen dieser Altersjahrgänge.

Für alle diese Kinder brauchen wir Heime. Wir sind bemüht, diese so umzugestalten, daß sie den Anforderungen unserer Zeit entsprechen. Wir freuen uns über die beruflichen Erfolge unserer Jungen im Lindenhof. So konnten heuer wieder 70 Jungen die Gesellenprüfung ablegen, davon zwölf Lehrlinge mit sehr gutem Erfolg. Nur einer wurde zurückgestellt. Ein junger Schlossergeselle errang mit seinem Gesellenstück, einem Grabkreuz in Kunstschmiedearbeit, bei dem Landesleistungswettbewerb der Schlosserinnung in Niederösterreich den dritten Preis. Selbst die Österreichische Schlosser- und Maschinenbauer-Zeitung bestätigt in ihrer Juli-Nummer, daß die von den Schlosser-Lehrlingen angefertigten Gesellenstücke ausgezeichnet seien, daß die Landesinnung auf die Leistungen dieser Prüfungskandidaten stolz sei. Einen weiteren Beweis ihres Könnens konnten unsere Lindenhofer auch bei dem Berufs-Wettbewerb der Arbeiterkammer erbringen.

Auch der Bau des neuen Kinderheimes für körperbehinderte Kinder in Mauer macht gute Fortschritte. Wir hoffen, daß unsere Kinder die nächsten Weihnachten schon im neuen Heim erleben werden.

So bemühen wir uns nicht nur, unseren Kindern in unseren Heimen ein gutes Daheim zu schaffen, in dem sie glücklich sein sollen, sondern unser Bestreben geht auch dahin, die Zahl der Pflegefamilien ständig zu vermehren. So sind von den derzeit bei uns aufgenommenen 5.100 Pflegekindern der Stadt Wien 1.221 Kinder bei Pflegeeltern und 160 Kinder in 24 Pflegegroßfamilien. Und in diesem Jahr konnten wir wieder 130 Pflegemütter zu einer kleinen Feier einladen und ihnen danken, weil sie zehn Jahre ein Pflegekind der Gemeinde Wien betreuen.

Unsere Schulen

Wir haben im Wohlfahrtswesen der Stadt Wien drei Schulen. Zu unseren beiden Schulen, der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und der Schule für Fürsorgerinnen kam das Institut für Heimerziehung - im September konnte mit dem ersten Jahrgang begonnen werden. Es ist ein Jahrgang für Maturanten und dauert ein Jahr. Im Herbst 1963 werden wir daneben einen zweijährigen Jahrgang für Nichtmaturanten beginnen. Wir hoffen, für diesen Jahrgang junge Männer als Schüler zu gewinnen, die wir vor allem für die Betreuung unserer Jugendlichen dringend benötigen.

Auch in der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen mußten wir mit einem Parallel-Lehrgang beginnen, sodaß wir nun zwei erste Klassen führen.

Unsere Schule für Fürsorgerinnen ist in den neuen Schulgesetzen unter "Lehranstalt für gehobene Sozialberufe" eingegliedert. Damit erhält die Arbeit unserer Fürsorgerin eine besondere Würdigung.

Abschließend möchte ich sagen: In meinen Ausführungen konnte ich nur in großen Zügen die wichtigsten Punkte unserer Arbeit im Wiener Wohlfahrtswesen hervorheben. Ich hoffe aber, daß es mir trotzdem gelungen ist, zu zeigen, daß wir in allen Bereichen des Wiener Wohlfahrtswesens, ob es sich um soziale Arbeit in Familie, in Kindertagesheimen und Erziehungsheimen oder in der Altersfürsorge handelt, bemüht sind, unsere Arbeit den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen und damit beizutragen, daß alle unsere alten Mitbürger einen zufriedenen Lebensabend, unsere Kinder eine glückliche Kindheit erleben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Ehrenmedaillen für 138 verdiente Feuerwehr- und Rettungsmänner
=====

12. Dezember (RK) In der Sitzung der Wiener Landesregierung beantragte Stadtrat Sigmund für 138 verdiente Feuerwehr- und Rettungsmänner die Verleihung der Medaillen für Verdienste in Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen. Die Wiener Landesregierung hat den Antrag angenommen.

Neun dieser Männer, die bereits auf eine 40jährige Tätigkeit zurückblicken, erhalten die Medaille in Silber. Es sind dies: Brandrat Rudolf Wagner und Betriebsoberinspektor Christian Wappel von der Feuerwehr der Stadt Wien; der Sanitätsfachgehilfe Karl Stetina, der Kraftwagenlenker Ludwig Trabichler und der Garagenmeister Edwin Wittmann vom Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien; Oberfeuerwehrmann Richard Kögl und Löschmeister Leopold Kölbl von der Freiwilligen Feuerwehr Breitenlee sowie der Löschmeister Hans Hrabec und Hauptbrandmeister Ernst Zettl von der Betriebsfeuerwehr der Stadlauer Malzfabrik AG.

Die 129 anderen Ausgezeichneten haben eine 25jährige Dienstzeit hinter sich. Sie erhalten die Medaille in Bronze.

Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung der Medaillen durch Landeshauptmann Jonas wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

- - -

Hohe Auszeichnungen für zwei verdiente Ärzte
=====

12. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute früh in seinem Arbeitszimmer dem ärztlichen Anstaltsdirektor des Krankenhauses Lainz Primarius Dozent Dr. Alfred Schneiderbauer das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Große Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich. Zugleich überreichte er dem ärztlichen Abteilungsvorstand in der Krankenanstalt Rudolfstiftung Primarius Dr. Otto Erlsbach das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Der Bürgermeister würdigte bei diesem Anlaß das verdienstvolle Wirken der beiden Ärzte in städtischen Krankenhäusern und beglückwünschte sie zu der hohen Auszeichnung.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

12. Dezember (RK) Ab sofort bis einschließlich 1. Jänner entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

- - -

40 Jahre im Dienste der Stadt Wien
=====

12. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses 13 Bedienstete der Stadt Wien, um sie zu ihrem 40jährigen Dienstjubiläum zu beglückwünschen. An der Feier nahmen die Stadträte Bauer, Riemer, und Schwaiger sowie die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten teil. Die Wiener Stadtwerke waren durch Generaldirektor Dipl.-Ing. Dr. Horak sowie die Direktoren der Städtischen Unternehmungen vertreten. Nach Ansprachen der Stadträte Riemer und Schwaiger übermittelte Bürgermeister Jonas den Jubilaren den Dank der Stadtverwaltung für ihre Verantwortungsfreudigkeit sowie für die fruchtbare Arbeit, die sie zum Wohl der Öffentlichkeit in guten und schlechten Zeiten geleistet haben. Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gratulierte den Jubilaren Gemeinderat Weisz.

Für die Jubilare dankte der Bäderdirektor Senatsrat Dipl.-Ing. Michal den Vertretern der Stadtverwaltung für die Anerkennung ihrer Leistungen.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (ELS) stellt fest, daß in Wien an der Erweiterung der Fürsorge gearbeitet wird, er fügt dem aber hinzu, daß es auch solche Kreise gebe, die gegen die Entwicklung unserer Fürsorge sind und andere Formen der sozialen Betreuung empfehlen. Ihre Empfehlungen gehen dahin, das Fürsorgewesen von den Großkapitalisten abhängig zu machen. Er verweist dann auf die bestehenden Mängel in unserer Sozialgesetzgebung, die gleichfalls auf die Bemühungen der großkapitalistischen Parteien zurückzuführen sind.

Aber auch das Unvermögen, mit den ständigen Veränderungen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, mit den wachsenden Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung Schritt zu halten, verursacht Schwierigkeiten und Komplikationen verschiedener Art.

Der Ruf nach Kindergärten wird immer lauter. Wenn man bedenkt, daß die Hälfte der jungen Mütter unter 25 Jahre alt ist, erkennt man, wie ernst dieses Problem geworden ist. Es ist richtig, daß die Gemeinde neue Kindergärten baut, aber wie die Lage beweist, ist es noch immer zu wenig. Außerdem sind nicht wenige Kindergärten schon seit vielen Jahren in unzulänglichen Räumlichkeiten untergebracht. Es fehlt aber auch an geeigneten Fachkräften; der Mangel an geschulten Kindergärtnerinnen ist akut. Es mußten sogar neu zu eröffnende Gruppen zurückgestellt werden, weil es an geeigneten Fachkräften gefehlt hat. Dabei waren genügend Bewerberinnen vorhanden, aber erst in diesem Schuljahr wurde ein Parallelklassenzug in der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt eingeführt. Das zeigt eine Unterschätzung der Notwendigkeit und Bedürfnisse auf diesem Gebiet. Außerdem sind die Kindergärtnerinnen im Verhältnis zur geforderten Leistung zu gering eingestuft und sie erhalten auch keine Bildungszulage. Eine Erleichterung könnte durch die Einführung der Halbtagsbeschäftigung im Gemeindedienst herbeigeführt werden. Da in etwa zwei Jahren der Bedarf an Hortplätzen sprunghaft ansteigen wird, wäre zu empfehlen, Vormerklisten auch für Hortplätze bei den Bezirksämtern aufzulegen, um so leichter disponieren und die Errichtung neuer Horte entsprechend planen zu können.

Es ist zu bedauern, daß die Tagesheimschulen stiefmütterlich behandelt werden. Wir müssen daher unsere alte Forderung wiederholen, in jedem Bezirk zumindest eine Tagesheimschule zu errichten und, wo der Andrang relativ groß ist, auch die bestehenden zu erweitern.

Erfreulich ist, daß ein Gesellinnen- und ein Gesellenheim geschaffen wird. Es wäre aber wünschenswert, wenn die Verwirklichung solch wichtiger Projekte nicht solange auf sich warten ließe.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß eine städtische Ausbildungsstätte, das Institut für Heimerziehung, ins Leben gerufen wurde. Notwendig wäre hingegen eine Vermehrung der Zahl der städtischen Erziehungsheime. Sie müßten den Vorrang haben, und ein der Gemeinde anvertrautes Kind sollte nur dann in ein privates Heim eingewiesen werden, wenn es überhaupt nicht anders geht. Die Arbeitsüberlastung der Fürsorgerinnen hat sich noch verschlechtert. Zwischen den von Stadtrat Maria Jacobi in einem Vortrag dargelegten Erkenntnissen über die Sozialarbeit und der Praxis ist ein großer Widerspruch vorhanden. Um für die Sozialarbeiter den gleichen Rang zu erreichen wie für die Techniker, müßte in erster Linie das Personalreferat den Anfang machen.

Die Erwachsenenfürsorge nimmt eine positive Entwicklung: von der Wärmestube zum Pensionistenklub! Zu den Ausflügen sollte man aber nicht nur die Mitglieder der Pensionistenklubs, sondern mitunter auch andere Befürsorgte einladen.

GR. Lauscher verweist darauf, daß er bereits bei der Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes auf einige dringende Forderungen der Blinden verwiesen hat. Er bittet Stadtrat Jacobi um Mitteilung, wie weit die Verhandlungen über die Gewährung einer Freifahrkarte an Zivilblinde fortgeschritten sind. Diese Fahrkarte dürfte nicht auf vier Wochentage beschränkt sein und müßte alle städtischen Verkehrsmittel umfassen. Ein dringender Wunsch der Blinden sei auch die bevorzugte Behandlung bei der Wohnungsvergebung. Viele Blinde wohnen heute in alten schlechten Wohnungen, bei denen WC und Wasser am Gange ist. Der Redner fordert auch die Abschaffung der Einkommensgrenze bei Gewährung

der Blindenbeihilfe und ihre Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Auf dem Sektor der Opferfürsorge müßte die Magistratsabteilung 12 die Genehmigung von Unterstützungen und Beihilfen weitaus großzügiger handhaben. Die Erledigung der Ansuchen um Auszahlung der Wiedergutmachungsbeträge müßte rascher erfolgen.

Im übrigen werde die KLS-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV die Zustimmung geben.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, daß es bei der Budgetdebatte nicht nur darum gehen kann, die einzelnen Zahlen zu bestimmen und die Zustimmung zu diesen zu erteilen oder sie abzulehnen. Es sollte vielmehr die allgemeine Führung der betreffenden Geschäftsgruppe einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden. Er halte es daher auch nicht für inkonsequent, wenn die Freiheitlichen in der Generaldebatte ihre Zustimmung zu den Ansätzen nicht gaben, einzelnen Gruppen jedoch zustimmen. Die Ansätze der Geschäftsgruppe IV und ihre Führung seien so, daß die Freiheitlichen ihnen gerne die Zustimmung geben werden.

Der Redner geht sodann auf einige Einzelheiten ein, die noch einer Änderung bedürften. Die Referentin hat über die erfreuliche Entwicklung des Heimes Lindenhof gesprochen. Er ersucht in diesem Zusammenhang mitzuteilen, wie sich die Eingliederung der dort ihre Gesellenprüfung ablegenden Lehrlinge in den Wirtschaftsprozeß vollzieht. Es wurde allgemein begrüßt, daß das Heim den Namen Lindenhof erhalten hat. Es ist jedoch zu befürchten, daß bei Abschwächung der Konjunktur diese Jugendlichen trotzdem nicht reibungslos in den Arbeitsprozeß eingliedert werden können. Es wäre also die gesamte Fürsorgearbeit umsonst gewesen, wenn es nicht gelingt, hier einen Weg zu finden.

Es sei erfreulich, daß eine Reihe neuer Pflegeplätze für Kinder gefunden wurde, sodaß diese in der Geborgenheit einer Familie aufwachsen können. Auf dem Sektor der Kindergärten sei die brennendste Frage die der Heranbildung des Nachwuchses.

Ob sich die Halbtagsbeschäftigung der Frauen, deren Einführung an sich sehr zu begrüßen ist, auf dem Sektor der Kindergärtnerinnen günstig auswirken würde, ist zu bezweifeln. Wie schwer fällt es doch selbst den Volksschulkindern, wenn sie nach dem Austritt aus der vierten Klasse sich an die vielen neuen Lehrkräfte der höheren Schule gewöhnen müssen. Wieviel schwieriger wäre es aber für ein Kleinkind, würde es an einem Tag von verschiedenen Kindergärtnerinnen betreut werden. Bei der Vergebung der Kindergartenplätze müßten die berufstätigen Mütter in erster Linie berücksichtigt werden. Besonderer Mangel an Kindergärten bestehe im 3. und in den westlichen Wiener Bezirken. Diese müßten bei Neubauten in erster Linie berücksichtigt werden. Man sollte versuchen, an den städtischen Schulen für hauswirtschaftliche oder soziale Frauenberufe die jungen Mädchen für den Beruf der Kindergärtnerin zu werben. Heute ist es vielfach so, daß diese jungen Mädchen in den Ferien eine Ferienpraxis in den Fremdenverkehrsbetrieben absolvieren. Vielleicht könnte man sie während der Ferien in einem Kindergarten beschäftigen und dadurch die Liebe und das Interesse für diesen Beruf wecken. Die Jugend fragt auch heute nicht immer nur nach Geld. Sie besitzt noch Ideale und es liegt an uns, diese durch eine vernünftige Führung rechtzeitig zu wecken.

Auf dem Sektor der Erwachsenenfürsorge kann man die erfreuliche Feststellung machen, daß die Zahl der Dauerbefürsorgten weiterhin gefallen ist. Erfreulich sei auch die Erhöhung der Fürsorgerichtsätze. Nicht vergessen dürfe man auf die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Fürsorgeräte, die heute einen viel größeren Sprengel zu betreuen haben und bei ihren Sammelaktionen nicht immer auf Verständnis stoßen. Der Redner appelliert an die Bevölkerung, diesen Fürsorgeräten ihre Arbeit zu erleichtern.

Abschließend stellt GR. Nessel fest, daß die FPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) stellt fest, daß die Referentin die Ausführungen des Generalredners der Volkspartei mißverstanden habe. Wir sind der Meinung, daß es kein Unglück ist, wenn auch die privaten Organisationen herangezogen werden. Jede be-

rufsmäßige Fürsorge wird zwangsläufig in einer gewissen Routine erstarren, und deshalb können wir nicht auf die persönliche Einsatzfreude verzichten.

Der Mangel an Kindergärten wird in den nächsten Jahren immer ärger werden, weil die Geburtenzahlen steigen und auch die Zahl der berufstätigen Mütter größer wird. Schon heute sollte man sich daher ein Konzept für die nächsten Jahre zurechtlegen. Sie fragt deshalb an, welche Maßnahmen die Referentin vorbereiten lassen werde.

Zu den Pflegekindern in den Anstalten: es ist ein Fehler, die Kinder durch die Aufnahme in mehrere Anstalten ständig zu entwurzeln. Dr. Hubinek bedauert es auch, daß Geschwister verschiedenen Geschlechts stets in verschiedenen Heimen erzogen werden.

Es gibt leider noch immer zu wenig Pflegeeltern. Auch hier sollte man die freiwilligen Wohlfahrtsorganisationen heranziehen.

Als unverständlich bezeichnet es die Rednerin, daß Wien noch immer kein Jugendschutzgesetz hat. Die Polizeiverordnung aus dem Jahre 1940 sei veraltet. Die Rednerin stellt den Antrag auf Einberufung einer Enquete zur Beratung der vom Magistrat ausgearbeiteten Entwürfe.

Abschließend erklärt GR. Dr. Hubinek, daß auf dem Gebiet der Jugendfürsorge viel positives geleistet wurde. Sie möchte jedoch eines feststellen: man müßte sich entschließen, nicht von vornherein jede private Organisation als suspekt zu betrachten, noch dazu, wenn man sich ihrer bedient. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) sieht die Hauptaufgabe der Wohlfahrt und darüber hinaus aller Wiener darin, die Kinder vor schlechten Einflüssen zu bewahren. Sie nennt in diesem Zusammenhang die Sensationspresse und den Film. (GR. Nora Hiltl, ÖVP: Gestern habe ich es anders gehört!)

Die Rednerin spricht dann über die Fürsorge für die Körperbehinderten. Bei der Blindenbeihilfe werden wir eine große Steigerung zu erwarten haben. Der Taubstummen sollte man sich mehr annehmen.

Die Rednerin hebt dann die Leistungen der Stadt für die alten Menschen hervor und stellt dem die von einem Arzt in einem Wiener Monatsblatt verfaßte "Wildschwein-Story" gegenüber, in der dieser gegen den Wohlfahrtsstaat polemisiert und am Beispiel von Wildschweinen erklärt, daß man nur durch ständige Selbstbehauptung, nicht aber durch Befürsorgung von der Wiege bis zum Grabe die Kraft aufbringt, das Leben zu meistern. Wenn die Gemeinde für ihre alten Menschen sorgt, sagt sie, damit sie wenigstens im Alter ihrer größten Sorgen behoben sind, dann kann man doch nicht solche Vergleiche ziehen. Würden die alten Menschen diesen Vergleich gehört haben, hätten sich manche anders entschieden.

Die Sozialisten werden den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe selbstverständlich zustimmen, (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Nora Hiltl (ÖVP) verwahrt sich dagegen, alle derartigen Artikel, die in irgendwelchen Druckerzeugnissen erscheinen, einfach der ÖVP in die Schuhe zu schieben. Die Sozialisten sollten nachforschen, ob der Verfasser dieses Artikels nicht vielleicht ihrer eigenen Fraktion nahesteht und nicht vielleicht Mitglied des BSA ist.

Die Rednerin setzt sich dann für eine stärkere Einschaltung der privaten Fürsorge ein, wobei sie unter Anführung erschütternder Beispiele krasserster Notfälle darauf verweist, daß es immer noch genügend Menschen gibt, die zwischen den Maschen des Gesetzes in einem Wohlfahrtsstaat durchfallen und heute noch in bitterster Not leben müssen. Diese Menschen müßten ohne die private Fürsorge elend zugrunde gehen. Darum sollte man die private Fürsorge, die selbst opferbereit ist, finanziell unterstützen und ihr damit besser die Möglichkeit geben, die viele Not, die es heute noch gibt, zu lindern. Man darf auch nicht die Leistungen der Caritas und den selbstlosen Einsatz der Ordensschwester übersehen, deren Leistungen niemals abgolt werden.

GR. Dr. Hiltl begrüßt die Umwandlung der Tagesheimstätten für alte Menschen in Pensionistenklubs sowie den Versuch, für diese alten Menschen dort eine entsprechende Betätigung zu finden. Die alten Menschen verlieren dadurch das diskriminierende Gefühl der Nutzlosigkeit.

Zusätzlich regt sie an, in diesen Altersklubs eine Art Literaturwettbewerb einzuführen und diese Menschen aufzufordern, ihre Erlebnisse in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit aufzuzeichnen.

Weiter schlägt die Rednerin vor, eine Enquete zu dem Zweck einzuberufen, Mittel und Wege zu finden, die alten Menschen sinnvoll und damit für sie selbst befriedigend in unser Leben einschalten zu können. Schließlich spricht sie sich dafür aus, die Heimpflege in eine soziale und eine medizinische Heimpflege zu unterteilen bzw. eine große private Organisation zu diesem Zweck ins Leben zu rufen und diese von der öffentlichen Hand entsprechend zu subventionieren. Solange das noch nicht möglich ist, wäre es besser, diese Art der gesundheitlichen Heimpflege von der Verwaltungsgruppe IV in die Verwaltungsgruppe V zu überstellen.

Die ÖVP wird für diese Ansätze stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) meldet sich zu Wort und ergänzt die Ausführungen der sozialistischen Debatterednerin über die im Organ der Österreichischen Ärztekammer erschienenen "Wildschwein-Story". In einer Zeit, erklärt er, in der wir uns um den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates bemühen, müssen wir empört sein, wenn ein Arzt die Wohlfahrt mit einem Wildschweingehege vergleicht. Man sieht bereits die Nachwirkungen dieses von Dr. Heinz Fidelsberger verfaßten Artikels; er wird in verschiedenen Zeitschriften nachgedruckt. Der Redner bezeichnet den Inhalt dieses Artikels als eine Gemeinheit und weist ihn mit Protest zurück. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Maria Jacobi schließt sich in ihrem Schlußwort den Ausführungen von Dr. Bohmann an und gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sich der gesamte Gemeinderat von diesem Artikel distanziert. Sie bedauert, daß es bei uns Menschen mit einer solchen, den alten Leuten gegenüber, gehässigen Gesinnung gibt.

Stadtrat Maria Jacobi nimmt dann zu den Debattebeiträgen Stellung und stellt fest, daß sie in ihren Ausführungen kein Wort gegen private Fürsorgerinnen gesagt hat. Die beiden ÖVP-Rednerinnen, sagt sie, versuchten wenigstens ihre Worte so umzudeuten.

Zur Kritik über den Mangel an Kindergartenplätzen, sagt sie, habe sie diesen Mangel selbst zugegeben. Er ist darauf zurück-

zuföhren, daß die Wiener Mütter vorerst ihre Kinder in den städtischen Kindergärten schicken möchten. Leider können aber nicht alle Kinder Aufnahme finden. Wenn GR. Iauscher meint, man müßte neben dem Neubau von städtischen Kindergärten auch an die Renovierung der älteren Kindergärten denken, dann macht sie darauf aufmerksam, daß bauliche Instandsetzungen an diesen älteren Objekten ständig durchgeführt werden. Es könne auch nicht stimmen, daß Planstellen bei Kindergärtnerinnen unbesetzt blieben. Wir haben Vorsorge für den Nachwuchs unserer Kindergärtnerinnen getroffen, und es zeigt sich derzeit kein Personal-mangel. Außerordentliche Urlaubsvertretungen können allerdings auch bei Kindergärtnerinnen vorkommen. Auch die Tagesheimschulen werden auf Kosten der Kindergärten keineswegs vernachlässigt, auch wenn heuer keine neue Heimschule in Betrieb genommen wurde. Den befürsorgten Besuchern der Pensionistenklubs, führt sie weiter aus, steht es frei, an gemeinsamen Ausflügen teilzunehmen. Wenn sie das nicht tun, dann hängt das leider mit ihrem schlechten Gesundheitszustand zusammen.

Was die Heimhilfe für Kranke betrifft, möchte die Gemeinde Wien gerne mehr tun. Trotz allen Bemühungen ist es aber nicht gelungen, für diesen Zweck mehr Pflegerinnen zu bekommen. Das gilt auch für die Erweiterung der Fußpflege, für die wir nicht genügend Fußpfleger zur Verfügung haben.

Die Gewährung der Freifahrkarte für die Blinden sei leider noch nicht geklärt. Vielleicht zeitigen die Unterhandlungen im Zusammenhang mit der Besprechung des geplanten Fürsorgegesetzes einen Erfolg. Es ist noch die Frage zu klären, ob die Blinden in dieses Rehabilitationsgesetz miteinbezogen werden sollen oder nicht.

Für die Gewährung der Beihilfen aus der Opferfürsorge ist nicht die Magistratsabteilung 12 allein zuständig, sondern auch ein Beirat der einzelnen Verbände. Aus den Mitteln der Opferfürsorge werden rund 80 Prozent für die Kriegsoffer, zwölf Prozent für Opfer politischer Verfolgung und acht Prozent für Zivilinvaliden verwendet.

Was die Wiedergutmachungsanträge anlangt, ist ihre Erledigung sehr schwierig. Nach Verlautbarung der Opferfürsorgegesetz-novelle im April 1961 ist man sofort darangegangen die einzelnen Akten zu bearbeiten. Es mußten jedoch vorerst viele grundsätz-liche und strittige Fragen geklärt werden. ./.

Darüber hinaus ist die Zahl der eingelangten Anträge sehr groß. Die Referentin bittet um Verständnis, daß leider nicht alle Ansuchen in kurzer Zeit erledigt werden können.

Bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen für die Lehrlinge des Heimes Lindenhof nach Ablegung ihrer Gesellenprüfung gab es noch nie Schwierigkeiten. Die jungen Leute erhalten kein Zeugnis des Erziehungsheimes, sondern ein Zeugnis des Meisters, bei dem sie ihre Gesellenprüfung abgelegt haben. Sie sind gut ausgebildet und werden gerne genommen. Rund 60 Prozent der Bur-schen und 40 Prozent der Mädchen, die in unseren Erziehungs-heimen einen Beruf erlernten, haben sich im Leben gut bewährt.

Der Bau von Kindergärten wird fortgesetzt. **Berufstätige Mütter** werden bei der Vergebung freier Kindergartenplätze bevorzugt.

Den Vorwurf des GR. Hubinek, daß sie die privaten Heime als suspekt betrachte, müsse sie entschieden zurückweisen. Es besteht eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und den privaten Heimen.

Über die Planung und die Errichtung von Kindergärten wurde bereits im Referat gesprochen. Diese Planung geschieht Hand in Hand mit den zuständigen Stellen des Stadtbauamtes und erstreckt sich über mehrere Jahre.

GR. Hiltl hat Beispiele für die Notwendigkeit privater Fürsorge gebracht. Sicher, es gibt Grenzfälle, wo wir dankbar sind, daß die privaten Verbände helfend eingreifen. Man müßte sich allerdings die genannten Fälle einzeln und näher ansehen.

Literaturwettbewerb: Wir wollen es probieren, wir sind für jede Anregung dankbar.

Was die Unterbringung von Geschwistern anlangt, so gibt es mehrere Heime, in denen Geschwister verschiedenen Geschlechtes untergebracht werden. (Stadtrat Schwaiger, ÖVP: Das stimmt ja nicht! - GR. Nora Hiltl, ÖVP: Dann haben Sie im Ausschuß falsch berichtet!) Das muß ein Irrtum sein, antwortet die Referentin auf die Zwischenrufe.

Abschließend ersucht Stadtrat Jacobi, den Ansätzen ihrer Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben; den Antrag der ÖVP bit-tet sie, dem Ausschuß zuzuweisen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des vierten Hauptstückes einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP wird ebenfalls einstimmig dem Wohlfahrtsausschuß zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird morgen, Donnerstag, den 13. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent: Stadtrat Dr. Glück (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Geschenkausstellung im Haus der Jugend

=====

12. Dezember (RK) Im Haus der Jugend in der Zeltgasse, das sich immer mehr zu einem repräsentativen Bildungs- und Unterhaltungszentrum für die Jugendorganisationen Wiens entwickelt, wird am 12. Dezember, um 19 Uhr, eine Ausstellung eröffnet, die den Titel "Was schenken und wie schenken Sie für Ihn und Er für Sie" trägt. Die Schau soll jungen Menschen zeigen, wie man einfache Geschenke mit Rücksicht auf den Beschenkten individuell auswählt und in persönlicher Art geschmackvoll verpackt. Die Ausstellung bleibt eine Woche, das ist bis 20. Dezember, geöffnet.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

12. Dezember (RK) Donnerstag, den 13. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

Schneller vom Praterstern nach FloridsdorfHundert Meter kosten eine Million Schilling

12. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas übergab heute vormittag Am Tabor im Beisein von Stadtrat Heller, der Bezirksvorsteher des 2. und 20. Bezirkes, Hladej und Koblizka, sowie mehrerer Gemeinderäte die umgebauten Fahrbahnen der Nordbahnstraße dem Verkehr. Es handelt sich um die letzten 700 Meter einer wichtigen Straßenverbindung vom Praterstern nach Floridsdorf, die von besonderer Bedeutung für den Lastenverkehr ist. Wie Stadtrat Heller bei der Verkehrsübergabe berichtete, kostete der Umbau der Nordbahnstraße samt den Einbauten der Wasserwerke, der Gaswerke und der E-Werke, der Öffentlichen Beleuchtung sowie der Gleiserneuerung zwischen der Dresdner Straße und der Taborstraße 7,3 Millionen Schilling.

Beim Umbau wurde die Nordbahnstraße auf einigen Stellen verbreitert. Durch die Erweiterung der Nebenfahrbahn zwischen der Alliiertenstraße und Am Tabor von 1.50 Meter auf 6.20 Meter konnten günstigere Zufahrtsverhältnisse geschaffen und zugleich Abstellflächen gewonnen werden.

Bürgermeister Jonas gab seiner besonderen Freude über die rechtzeitige Fertigstellung der neuen Nordbahnstraße Ausdruck. An den Baukosten für diese relativ kurze Strecke - 100 Meter Fahrbahn samt den Einbauten kamen auf eine Million Schilling, - sagte er, kann man ermessen, wie teuer Straßenbauten innerhalb des Stadtgebietes sind. Der Stadtverwaltung werden auf dem Gebiet des Straßenverkehrs immer größere Aufgaben gestellt. Nachdem jetzt auch schwere Lastkraftwagen bis zu 16 Tonnen zugelassen sind, haben wir über kurz oder lang mit schweren Störungen zu rechnen, denn unsere Straßen sind nicht überall für derart schwere Belastungen geeignet. Abschließend verwies der Bürgermeister auf die Wichtigkeit der neuen Nordbahnstraße für den Lastentransport und dankte allen an diesem Umbau beteiligten Magistratsabteilungen für ihre guten Planungsarbeiten.

Rundfunk- und Fernsehbetriebsräte bei Bürgermeister Jonas
=====

12. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute abend im Wiener Rathaus die Obmänner des Betriebsrates des Österreichischen Rundfunks und Fernsehens, die gegenwärtig in Wien eine Konferenz abhalten. Zur Begrüßung der Betriebsräte hatten sich mit dem Bürgermeister Vizebürgermeister Slavik, Stadtrat Riemer, der Vorsitzende des Aufsichtsrates des Österreichischen Rundfunks Gemeinderat Liwanec, Fernsehdirektor Freund und der Chef der Rathaus-Pressestelle Chefredakteur Adametz eingefunden.

Bürgermeister Jonas verwies bei der Begrüßung der Gäste auf die besondere Bedeutung ihrer Konferenz. Er habe ein volles Verständnis, sagte er, für die Bemühungen des Zentralbetriebsrates, vor allem dafür, daß seine Beratungen nicht nur dem Interesse des Personals, sondern des ganzen Unternehmens gelten. Jeder Betrieb könne sich glücklich schätzen, wenn sich seine Angestellten auch für Fragen des Unternehmens interessieren, wie es beim Rundfunk und beim Fernsehen der Fall ist. Er wünschte den Vertretern des Rundfunkpersonals viel Erfolg in ihren Bemühungen und versicherte ihnen, daß die Wiener Stadtverwaltung stets die Interessen des Rundfunks und des Fernsehens fördern wird.

Zentralbetriebsratsobmann Hirner überreichte bei diesem Anlaß Bürgermeister Jonas ein Memorandum mit der Bitte, er möge den Rundfunkbediensteten bei der Lösung der darin aufgezeigten Probleme behilflich sein.

- - -

Antrittsbesuch beim Bürgermeister
=====

12. Dezember (RK) Der belgische Botschafter M. Louis J. G. Colot stattete heute nachmittag Bürgermeister Jonas seinen Antrittsbesuch ab. Der Bürgermeister empfing seinen Gast im Arbeitszimmer.

- - -